

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen: Die Anzeiger nehmen Bestellungen für Anzeigen aus den Anzeigerstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1040

Nr. 113

Sonnabend, den 16. Mai 1925

20. Jahrgang

Die Jahrtausendfeier der Rheinlande.

Unter Beteiligung des Reichspräsidenten, des Reichsministers und des bairischen Ministerpräsidenten, des Staatspräsidenten von Baden und vieler Reichs- und Länderminister wird am 18. Mai die Jahrtausendfeier der Rheinlande in Köln feierlich eröffnet. Während nicht eben günstige Nachrichten aus Paris und London einlaufen, die wieder einmal die Hoffnung auf baldige Befreiung des nördlichen Rheinlandes erschüttern, wird hier, wie der Ausruf des Ehrenausschusses der Ausstellung sagt, veranschaulicht, daß der Rhein und das rheinische Volk dem Deutschen Reich und der deutschen Kultur aus innigster Verbundenheit sind und bleiben.

Die rheinische Jahrtausendfeier bedeutet eine Selbstbesinnung auf die tiefsten Seelenkräfte der Bevölkerung des Rheins, eine Selbstdarstellung ihres kraftvollen Zukunftswillens, der trotz der Zerwürfungen und tiefen Wunden siebenjähriger Besetzung sich allenthalben erstaunlich durchsetzt. Man sollte nicht versuchen, diese Bedeutung der Jahrtausendfeier zu verkleinern, etwa weil ihr geschichtlicher Anlaß für den historisch gründlich Belesenen nicht eindeutig festliegt, aber weil in die feierlichen Paraden der Herolde sich das Anklagen von volkstümlichem Feuerwerk mischt. Sport- und Musikfeste, Regatten und Sonderausstellungen von allerhand Verbänden sollen und müssen die Massen in Bewegung bringen, damit, wie der erwähnte Ausruf sagt, ein gewaltiger Zustrom deutscher Volksgenossen Zeugnis davon ablegt, daß das ganze Deutschland an der Jubelfeier der rheinischen Bevölkerung freudig teilnimmt.

Die Festprogramme der rheinischen Städte haben nunmehr endgültige Form angenommen. Im Mittelpunkt aller Veranstaltungen steht die Kölner Ausstellung. Auch Aachen präsentiert sich in einer historischen Schau als die Kaiserpfalz und die Krönungsstadt der deutschen Könige und zeigt deutsches Frauenleben im letzten Jahrtausend. Düsseldorf, die Kunststadt, stellt hundert Jahre rheinische Malerei in einer Sonderausstellung zusammen; Elberfeld macht eine Vergleichs-Helmutausstellung; Koblenz beherrscht den rheinischen Wein in einer Weinbauausstellung. Es ist unmöglich, an dieser Stelle ein auch nur einigermaßen vollständiges Verzeichnis aller Darbietungen zu geben. Wer in diesem Sommer zum Rheine reisen will, erhält von den Verkehrsämtern der rheinischen Städte jede gewünschte Auskunft. Auch ein Heft mit einer Zusammenstellung der Jahrtausendfeiern des Rheinlandes wird verschickt. Das Rheinland ist bemüht, allen deutschen Volksgenossen eine herrliche Aufnahme zu bereiten.

Außerungen Briands.

Die Räumung Adins hängt von Deutschlands gutem Willen ab?

Paris, 14. Mai. Außenminister Briand empfing gestern ausländische Journalisten und gab Erklärungen ab, die der Pariser Vertreter der belgischen Telegraphen-Agentur wie folgt zusammenfaßt:

Bezüglich der an Deutschland zu übergebenden Note meinte Briand, daß die alliierten Regierungen vorerst daran gedacht hätten, in London eine Konferenz abzuhalten, aber daß man schließlich den Notenaustausch auf diplomatischem Wege vorgezogen habe. Die Dinge seien heute soweit vorgeschritten, daß es möglich sei, die Abfassung einer Note in etwa zwei Wochen ins Auge zu fassen. Diese Note werde durch die Vorkonferenz festgelegt werden. Er, Briand, fasse die Möglichkeit einer Reise nach England nicht ins Auge, weder in dieser Angelegenheit noch wegen des von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspaktes.

Auf die Frage wann die Alliierten das Ruhrgebiet und die Aäner Zone räumen könnten, erklärte Briand, daß dies sehr schwer zu sagen sei. Dies hänge besonders von dem Willen Deutschlands ab, sich mit dem Versailler Vertrag in Einklang zu setzen und den Vorstellungen der Alliierten bezüglich der Verletzungen Genugtuung zu geben.

Sichtlich eines Paktes mit Deutschland erklärte Briand, daß Frankreich einen solchen nicht zurückweise; aber es müßte die Absichten der Berliner Regierung klar erkennen. Die Frage des Paktes beruhe sich mit der Entwaffnung Deutschlands; aber die eine könne unabhängig von der anderen gelöst werden. Die Haltung der Kleinen Entente, so erklärte Briand weiter, sei ganz natürlich. Die Verträge seien unterzeichnet, und die Kleine Entente fordere, daß man sie achte. Frankreich verlange das auch, und selbst Deutschland könne sich nicht den Verpflichtungen aus seiner Unterschrift entziehen.

zischen. Briand wolle sich zur nächsten Tagung des Völkerbundes nach Genf begeben.

Auf die Frage, ob er glaube, daß Deutschland wirklich in den Völkerbund eintreten wolle, erklärte er, daß er dies annehme. Ueber die zukünftige Gestaltung des abgeänderten Genfer Protokolls sprach sich Briand optimistisch aus.

Darauf schnitten einige ausländische Journalisten die Frage der allgemeinen Abrüstung an. Briand antwortete darauf: Frankreich, durch Erfahrungen gewöhnt, hätte einen Mangel an gesundem Menschenverstand gebildet, wenn es nicht nach dem Waffenstillstand stark geblieben wäre. Trotz alledem verfolgt es den Weg der Arbeit für den Frieden. Aber wie viele Nationen sind gefolgt, um an den Verhandlungen teilzunehmen, die für alle Fragen das obligatorische Schiedsverfahren anerkennen? Was soll Frankreich noch mehr tun, um seine Friedensliebe zu beweisen?

Ermäßigung der Lohnsteuer.

In der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages gab Reichsfinanzminister v. Schlieffen folgende Erklärung ab:

„Die Reichsregierung hat sich mit den Anregungen der verschiedenen Parteien auf Ermäßigung der Lohnsteuer nochmals sehr eingehend befaßt. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß über einen steuerfreien Betrag von 80 Mark monatlich und über 2 Prozent Ermäßigung schon für das zweite Kind nur bei einem Einkommen bis zu 3000 Mark nicht hinausgegangen werden kann. Schon das wird, wenn sich die Lohnverhältnisse nicht besonders gestalten, einen Ausfall von über 500 Millionen Mark bringen. Bei der Unsicherheit der wirtschaftlichen Verhältnisse kann ein noch höherer Satz nicht verantwortet werden. Auch muß nach Lage der Verhältnisse angenommen werden, daß eine Reihe von Ländern einer weiteren Senkung kaum zustimmen wird und daß dadurch die von allen dringend gewünschte Regelung der Materie nur noch weiter hinausgeschoben werden müsse.“

Keine Vernachlässigung der Eisenbahnlinien im polnischen Korridor.

Spruch des Schiedsgerichtes.

Das Schiedsgericht in Danzig für den Durchgangsverkehr im polnischen Korridor hat jetzt eine vorläufige Entscheidung gefällt, nach der der Zustand der Strecke an der Unfallstelle für den Unfall, soweit es sich jetzt noch übersehen läßt, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die eingehende Besichtigung der auf der Unfallstelle zurückgelassenen ca. 25 Schwellen ergab, daß sie aus brauchbarem Material bestanden. Aber auch die durch den Unfall zertrümmerten Ueberbleibsel von etwa 80 Schwellen, die von der polnischen Eisenbahnverwaltung auf dem Bahnhof Stargard sorgfältig gesammelt und aufbewahrt waren, ergaben nach eingehender Prüfung, daß es sich um gesundes Material handelt, abgesehen von einzelnen morschen Stellen, die auch bei normaler Unterhaltung vorkommen. Auch der Zustand der an der Unfallstelle angrenzenden Streckenteile wies keine erheblichen Mängel, die die Betriebssicherheit gefährden könnten, auf. Nach diesem Ergebnis hält das Gericht es nicht für dringend weitere vorläufige Maßnahmen betreffend Aufräumung der Ursache des Eisenbahnunfalles anzuordnen. Mit Rücksicht auf den oben erwähnten Zustand der vom Schiedsgericht besichtigten Streckenteile findet das Schiedsgericht keine Veranlassung, ein Verfahren gemäß Artikel 18 des Durchgangsvertrages vom 21. 4. 1921 — Dringlichkeitsverfahren betreffend Besichtigung der gesamten Durchgangsstrecke anzuordnen. Somit wird das Schiedsgericht die Parteien zur kritischen Neuerung und Gegenüberstellung auffordern.

Unerwartung des V.B.: Wie aus dem Schlußsatz der vorstehenden Entscheidung hervorgeht, geht das Verfahren über den Antrag der Deutschen Regierung, festzustellen, ob ein Verschulden der polnischen Regierung bezüglich der Unterhaltung der Strecke vorliegt, weiter. Das Schiedsgericht hat bei der vorläufigen Begehung eines kleinen Teils der Strecke nur festgestellt, daß zu Dringlichkeitsmaßnahmen aus Artikel 18 des Durchgangsvertrages kein Anlaß vorliegt. Im übrigen konnte sich die Entscheidung des Schiedsgerichtes naturgemäß nur auf den Tatbestand gründen, den es bei der Besichtigung am 12. Mai, also 12 Tage nach dem Unglück, noch vorfand.

Rußlands außenpolitische Lage.

In der Mittwochsitzung des Sowjetkongresses erstattete Rykoff den Bericht der Regierung der Sowjetunion. Als Hauptmerkmal der Lage der Sowjetunion bezeichnete er ihre politische und wirtschaftliche Festigung. Zugleich habe sich auch das Verhältnis der Sowjetunion zu mehreren kapitalistischen Ländern gefestigt, die die Krisen der Nachkriegszeit teilweise überwunden hätten. Andererseits beruhe die ständige Verschärfung der Gegensätze zwischen den Großmächten und die durch Anwendung der veralteten Methoden der Kolonialpolitik geschaffene Lage im Osten die Gefahr neuer Krisen und neuer Konflikte.

In der Frage der Schulden der zaristischen Regierung bleibe der Standpunkt der Sowjetregierung unverändert. Es seien nur Kompromisse möglich, die beiden Seiten Vorteile gebracht hätten. Die Sowjetunion sei zu gewissen Opfern bereit, wenn sie davon überzeugt sein könne, daß diese Opfer gewisse Vorteile bringen würden. Die Sowjetunion könne nur Verpflichtungen übernehmen, die ausführbar seien und die die normale Entwicklung der Volkswirtschaft nicht behinderten. Der Vertrag mit Japan sei ein Zeichen dafür, daß es möglich sei, mit der Sowjetunion auf einer für beide Teile vorteilhaften Grundlage zu verhandeln. Die Sowjetregierung sei bereit, mit voller Aufmerksamkeit alle Vorschläge zu prüfen, die seitens der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemacht worden wären. Das Tempo der Entwicklung des Handels mit Amerika verlaufe außerordentlich rasch, wenn erst die zur Zeit noch bestehenden künstlichen Hindernisse beseitigt sein würden. Wenn man von englischer Seite versuche, nachdem man den alten Vertrag fallen gelassen habe, die Verhandlungen für einen neuen Vertrag in die Länge zu ziehen, um dadurch auf die Sowjetunion einen Druck auszuüben und sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen, so könnten solche Versuche keine positiven Ergebnisse haben. Die Sowjetregierung sei bereit, sofort an der Klärung der französischen Ansprüche mitzuwirken, sie wolle aber gleichzeitig ihre Gegenansprüche geltend machen. Die Sowjetregierung hoffe, daß es trotz aller Schwierigkeiten möglich sein werde, eine für beide Teile vorteilhafte Verhandlungsformel zu finden. In letzter Zeit scheine die Möglichkeit, die Streitfragen zu lösen, und die Verhandlungen mit Frankreich zu beschleunigen, näher gerückt zu sein. Zwischen der Sowjetunion und Italien habe eine weitere Annäherung stattgefunden; zugleich hätten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Italien weiter gefestigt. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen hätten sich gut entwickelt, wenngleich die Intrigen einiger polnischer reaktionärer Kreise hemmend wirkten. Die Beteiligung Rumaniens an der Beratung der Generalstabes der baltischen Länder und Polens in Riga zeigten den aggressiven und feindseligen Charakter dieser Beratungen gegenüber der Sowjetunion. Die gegen die Sowjetregierung erhobenen Beschuldigungen, sie sei an den Vorkonferenzen in Sofia irgendwie beteiligt, seien geradezu ungeheuerlich, ebenso die Behauptung, daß die Sowjetunion sich des Balkans bemächtigen wolle. Die Sowjetunion habe am Balkan keine besonderen Interessen wahrzunehmen, um sich dort in die inneren Verhältnisse einzumischen.

Zu den Wählern des Ostens habe sich das Freundschaftsverhältnis auf der Grundlage der Anerkennung ihrer souveränen Rechte gefestigt. Unter Auspielung auf den längst erfolgten Anschluß der Turkmener und Usbeken an den Sowjetbund erklärte Rykoff, daß alle Mittel benutzt werden würden, um die wirtschaftliche Lage und die nationale Kultur der rückständigen Nationalitäten zu fördern. Das im Jahre 1917 proklamierte Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das bis zum Ausschleiden aus dem Bunde führen könne, wie dies bei Lettland, Litauen und Estland sowie anderen Staaten der Fall gewesen sei, bleibe auch in Zukunft unverändert das grundlegende Prinzip der Sowjetunion.

Sichtlich der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion erklärte Rykoff, die Industrie, die jetzt durchschnittlich 60 Prozent der Vorkriegsleistungen aufzuweisen habe, benötige zum Instandsetzen der Maschinen Hunderte von Millionen. Im Jahre 1925 seien der Industrie 70 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Wenn die Konjunktur in den nächsten Jahren anhalte, so werde die Sowjetunion selbst die erforderlichen Mittel bereit stellen können. Die Zahl der Industriearbeiter sei im Wachstum begriffen. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen habe im Jahre 1924 1925 000 betragen. Seit betrage sie 900 000.

Die Befreiung der Dage der staatlichen Industrie und der Genossenschaften gestattete es der Regierung, mit größerer Freiheit an die Nutzung der Erträge